



# Die Quittung der Wähler

von Daniel Suebsman

**Die vorläufigen Ergebnisse der thailändischen Parlamentswahlen aus dem südlichen Grenzgebiet (chaidähn phaaktaai) zeigen unmissverständlich, dass die dortige Bevölkerung nicht mit der aktuellen Südthailandpolitik der Thaksin-Regierung einverstanden ist.**

**O**bwohl auch die *Prachathipat* (Demokratische Partei) im Vorfeld der Wahlen kein klares Konzept zur Befriedung des malaiisch-muslimisch geprägten Südens des Königreichs vorlegen konnte, errang sie zehn der elf Parlamentssitze der Provinzen Yala, Narathiwat und Pattani; ein Sitz ging an einen »Chart Thai«-Vertreter in Narathiwat. Für die *Thai Rak Thai* (TRT), Partei des alten und neuen Premiers Thaksin, die in Nord-, Nordost- und Zentralthailand einen überragenden Sieg feiern konnte, war das Wahlergebnis aus dem Süden eine schallende Ohrfeige.

## Eine Warnung für die Regierung

»Das Ergebnis der Wahlen in den drei Grenzprovinzen Yala, Narathiwat und Pattani stellt ein Warnsignal an die Regierung dar, dass sie viele Fragen überdenken muss. Das ist das schöne an der Demokratie, dass die Stimme des Volkes alle vier Jahre Zufriedenheit und Unzufriedenheit mit der Regierung ausdrücken kann,« äußerte Thaksin nach bekanntwerden der vorläufigen Ergebnisse im thailändischen Fernsehen.

Bei den Wahlen von 2001 konnte die TRT wenigstens einen einzigen Sitz im tiefen Süden erringen; durch den Anschluss der *Khwaamwaangmai* (New Aspiration) an die TRT gelangten dann noch fünf weitere Volksvertreter in die Thaksin-Regierung. Außerdem wechselten später noch vier demokratische Parlamentsmitglieder zur TRT. Diese

sechs muslimischen Vertreter, darunter der ehemalige Innen- und Noch-Agrarminister Wan Muhamad Noor Mata, bildeten in der TRT die so genannte *Wadah* (Vereinigung). Überraschenderweise wurde dieses Mal kein *Wadah*-Mitglied vom Volk wieder gewählt. Nur der populäre Ex-Demokrat Kuheng Yawohasan der zur *Chart Thai* gewechselt war, konnte sich in Narathiwats Wahlbezirk Drei in einem Kopf-an-Kopf-Rennen gegen den TRT-Kandidaten Najmudin Uma durchsetzen, gehört aber diesmal nicht zur Regierung, da Thaksin keine Koalition benötigt. Einige *Wadah*-Mitglieder wie Faisal Yingsamarn, Muk Sulaiman oder Burahanudin Useng hatten bereits bei mehreren vergangenen Wahlen in ihrem Bezirk gewonnen, mussten sich diesmal jedoch mit zweiten und sogar dritten Plätzen zufrieden geben. Es scheint demnach, als hätten die Wähler nun ihrem Protest gegen Thaksin Vorrang gegenüber ihren ehemals favorisierten Persönlichkeiten gegeben, wovon die Demokraten profitiert haben. Die *Wadah* hatte Anfang letzten Jahres noch mit dem Austritt aus der Koalition gedroht, als zwei ihrer Mitglieder zu Unrecht der Verwicklung in den Überfall auf das Armeecamp in Narathiwat am 4. Januar 2004 beschuldigt wurden. Seit dem erneuten Aufflammen der Gewalt in Südthailand konnte sie kaum zur Konfliktlösung beitragen. Die Gruppe hatte bei vielen Muslimen den Ruf bekommen, nur persönliche Interessen zu verfolgen und nicht mehr volksnah zu sein, und bekam nun die Quittung der Wähler.

Es waren nicht nur der Armeesturm auf die Kerisik-Moschee in Pattani im April 2004, der Tod von 84 Demonstranten im Dorf Tak Bai sowie das allgemein harsche Vorgehen der Sicherheitskräfte im Rahmen des herrschenden Kriegsrechts im Süden, die zu dieser klaren Niederlage der TRT im Süden geführt haben. Besonders die militärische Beteiligung Thailands am amerikanischen Irak-Einsatz (wenn auch nicht mit Kampfverbänden) hatte zu großen Protesten unter Thailands Muslimen geführt. Für weitere Furore sorgten das mysteriöse Verschwinden des populären muslimischen Anwalts Somchai Nilapaichit und der kategorische Ausschluss einer doppelten Staatsbürgerschaft für Thailands ethnische Malaien.

Es wird geschätzt, dass etwa 250.000 der südthailändischen Malaien auch (illegal) die malaysische Staatsbürgerschaft besitzen. Der gegenwärtige Zwist zwischen Thailand und Malaysia wegen der Auslieferung des mutmaßlichen Terroristen Jehku Mae Kuteh veranschaulicht diese Problematik, da beide Regierungen in ihm ihren eigenen Staatsbürger sehen.

Premier Thaksin sieht in der Eskalation der Gewalt in Südthailand zwei Hauptverursacher: Erstens Separatisten (*phu bäng dindähn*) mit islamisch-fundamentalistischem Hintergrund und zweitens Verbrecher

*Der Autor ist Südostasienwissenschaftler mit den Schwerpunkten Thailand und Indonesien.*

(*phu raai*, »die Bösen«), die sich in mächtigen Banden organisieren. Sein Lösungsansatz war bisher ein hartes militärisches Vorgehen in Kombination mit einer wirtschaftlichen Entwicklung des Südens. Die Unsensibilität, die seine Exekutivkräfte beim Versuch der Wiederherstellung von Recht und Ordnung walten ließen, hat bei vielen Muslimen das Gefühl geweckt, nur Bürger zweiter Klasse zu sein. Thaksins Ansatz, durch ökonomische Förderung der unterentwickelten Region den Separatisten und Gangstern den Nachwuchs wegzunehmen, geht zwar in die richtige Richtung, seine Versprechungen über Milliarden-Baht-Förderungen der Region wirkten auf viele jedoch auch wie ein Bestechungsversuch an der muslimischen Gemeinschaft. Diese würde jedoch viel lieber eine Entschuldigung für die Fehlthaten der Regierung sehen.

### Allmählich werden auch Stimmen aus der Zivilgesellschaft gehört

Die Gewalt in Südthailand, die im letzten Jahr etwa 800 Opfer forderte, ist ein ernstes und auch komplexes Problem. Nachdem sich die Lage mit den herkömmlichen Methoden ein Jahr lang nicht stabilisierte, hat die Regierung mittlerweile begonnen, auch Stimmen aus der Zivilgesellschaft anzuhören. Besprechungen zwischen Regierung und muslimischen Intellektuellen haben kürzlich stattgefunden und auch der König hat ein Machtwort gesprochen und der Regierung die Einbindung der lokalen Bevölkerung bei der Lösungssuche »befohlen«. Die Bildung von »Self Defence Volunteer Groups« allerdings, ein Konzept, das schon in den siebziger Jahren im Kampf gegen Separatisten und Kommunisten zum Einsatz kam, erscheint hier jedoch als etwas zu viel Partizipation. Die Freiwilligengruppen, bestehend aus Dorfbewohnern, bekommen schwere Waffen und eine mehrtägige Schulung und sollen dann ihre Dörfer gegen Separatisten und Gangster »verteidigen«. Es wurden bereits freiwillige Unterstützer wegen der Waffen getötet und auch die Tragödie von Tak Bai nahm ihren Lauf, als Freiwillige, deren Waffen von Gangstern unter Androhung von Gewalt

gegen ihre Familien abgenommen wurden, von der Polizei der Kooperation beschuldigt und eingesperrt wurden. Auch jüngst begonnene thainationalistische Indoktrinationsprogramme bei Pfadfinderkindern sind wohl genauso ungeeignet wie eine stärkere staatliche Kontrolle der *Pon-dok* (Religionsschulen). Dies wurde schon alles in den letzten Jahrzehnten ausprobiert und kann das Argument der Sezessionisten bestärken, dass Bangkok die malaiisch-muslimische Kultur in Südthailand ausrotten will.

Viele Bürger in den südlichsten Provinzen Thailands wissen, wer die Terroristen und Verbrecher unter ihnen sind. Ihre Angst vor diesen Mördern ist jedoch um ein Vielfaches größer als das Vertrauen in die thailändischen Sicherheitskräfte. Das harte Vorgehen der Thai-Armee und Polizei im Süden liegt wohl auch daran, dass die Sicherheitskräfte selbst täglich Angst um ihr Leben haben müssen — ein Phänomen, das man zum Beispiel auch in Israel oder im Irak beobachten kann. In der Folge verhärten sich die Fronten noch mehr und die Gewalt wächst. Dies ist einer der Punkte, an der die neue Regierung ansetzen sollte, nämlich das Vertrauen der Bevölkerung in die Exekutivkräfte wiederherzustellen, was in einigen Dörfern auch schon gut funktioniert. Die Aufhebung des Kriegsrechts gehört natürlich dazu. Ob die kürzlich beschlossene Gründung der 12 00 Mann starken 15. Infanteriedivision zur Sicherung des Südens das Vertrauen stärkt ist jedoch fraglich.

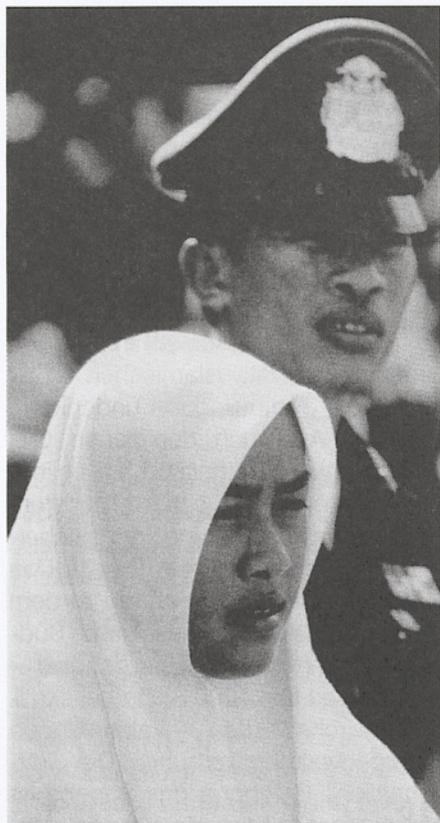
### Die ökonomische Entwicklung

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die ökonomische Entwicklung. Südthailand war einst eine reiche und florierende Region. Die Erfindung von synthetischem Gummi und die weltweit immer unbedeutende-

re Nachfrage nach Zinn haben die Region in den letzten Jahrzehnten verarmen lassen. Ein Lösungsansatz wäre die Subventionierung bzw. Marktpreisstützung von Agrargütern aus dem Süden, wie Gummi oder Palmöl. Großteile des regionalen Handels befinden sich zudem in sinothailändischer Hand, und eine Tourismusindustrie nach dem Vorbild von Pattaya oder Phuket ist in den oft sehr konservativ-islamischen Gemeinden Südthailands undenkbar. Bis zum Ausbruch der neuen Gewaltwelle war Südthailand ein beliebtes Ziel bei malaysischen Touristen, heute kommt aufgrund der Sicherheitslage kaum noch ein Tourist. Das Lim Kun Yew-Fest in Pattani, zu dem alljährlich Chinesen aus ganz Südostasien anreisen, musste daher dieses Mal von fast 1000 Sicherheitskräften bewacht werden — keine schöne Fremdenverkehrswerbung. Die wirtschaftliche Belebung des Südens ist absolut notwendig, da nationale Integration von Minderheiten auch immer mit ökonomischer Integration einhergehen sollte. Thaksins neuester Plan, den sogenannten »roten Dörfern«, in denen Separatisten offenbar Unterstützung von Bewohnern erhalten, alle staatlichen Mittel zu streichen, wirkt mit Sicherheit konfliktverschärfend und hat bereits massiven Widerstand aus der Zivilgesellschaft hervorgerufen.

In eine Reform der Religionsschulen könnten zum Beispiel Erfahrungen





**Das Militär behält die muslimische Bevölkerung im Auge.**

aus: FEER v. 10.7.2003, S. 13

aus Indonesien mit einbezogen werden. Dort gibt es seit Jahrzehnten zahlreiche *Pesantren* und *Pondok*, die einen modernistisch-islamischen Ansatz verfolgen und die religiöse Bildung enger mit einer weltlichen Bildung verknüpfen, und so die Berufsperspektiven ihrer Absolventen stärken. Bisher geäußerte Ansätze wie Erhöhung des säkularen Bildungsstandards, Erneuerung des Lehrmaterials und verstärkter Unterricht auf Thai statt auf Arabisch, müssen weiterentwickelt werden. Hier sollte jedoch die islamische Zivilgesellschaft Thailands in Eigenregie Konzepte entwickeln, um jedes Gefühl von Zwang und Dominanz zu vermeiden.

Das Wahlergebnis in Südthailand hat ein deutliches Signal nach Bangkok gesendet. Die Mehrheit der Bevölkerung (und das kann man bei einer Wahlbeteiligung von 70 Prozent bis 80 Prozent behaupten) hält die bisherigen Maßnahmen der Regierung zur Befriedung des Südens für unzureichend. Da die Demokraten mit ihrer »Pattani Deklaration« auch nur ein vages Konzept besitzen, das zumindest eine gewaltfreie Lösung verspricht, ist das Ergebnis mehr als ein Protest gegen Thaksin, TRT und Khwaamwaangmai als ein Bekenntnis zur *Prachathipat* zu deuten. Es muss aber auch ange-

merkt werden, dass die TRT-Kandidaten trotz einer Wahlniederlage in den drei südlichsten Provinzen dort immerhin mehr als 200.000 Wählerstimmen erhalten haben, es dort also auch eine stattliche Anzahl von Wählern gibt, die der TRT Lösungen zutrauen. In den Provinzen nördlich von Chumphon gilt Südthailand leider, wie eine Kollegin einmal sagte, als »end of the road« — die Menschen lesen in der Zeitung zwar darüber, es interessiert aber kaum, da es einfach zu weit weg ist. Bisher war es so, dass sich lediglich einige Dutzend Intellektuelle und ausländische Asienforscher intensiver mit der fast ein Jahrhundert andauernden Südthailand-Problematik beschäftigten. Nur wenn es zu größeren Zwischenfällen kam wie zum Beispiel jüngst in Tak Baikam und die ausländischen Medien das für den Tourismus so wichtige Thailandbild zu verzerren drohten, formulierten die Bangkok-Regierungen der letzten Jahrzehnte eine situative und meist uneffektive Ad-hoc-Politik. Thaksin Shinawatra ist anders als alle Premierminister Thailands vor ihm — mächtiger und ehrgeiziger. Es bleibt zu hoffen, dass er diese Wahlniederlage im Süden als seine neue Herausforderung betrachtet, und er in den kommenden vier Jahren sein Bestes gibt, um auch die Herzen seiner malaiisch-muslimischen Mitbürger im Süden zu gewinnen. Die traurigere Alternative wäre, die Region einfach aufzugeben, im Wissen, dass die Wählerstimmen von Rest-Thailand zum Machterhalt vollkommen ausreichen.

## Impressum

### südostasien

Zeitschrift für Politik • Kultur • Dialog

Diese Zeitschrift ist hervorgegangen aus dem **philippinenforum**, 10. Jg., und den **südostasien informationen**, 13. Jg. Die Jahrgangszählung der **südostasien informationen** wird fortgesetzt.

Unsere Arbeit wird vom Kirchlichen Entwicklungsdienst der Evangelischen Kirche in Deutschland durch den ABP gefördert.

**Herausgeber:** philippinenbüro e.V. und Verein für entwicklungsbezogene Bildung zu Südostasien e.V.

**Anschrift:** philippinenbüro, Südostasien Informationsstelle im Asienhaus, Bullmannau 11, 45327 Essen, Tel.: 0201 – 83038-18/-28 Fax: 0201 – 83038-30

**E-Mail:** philippinenbuero@asienhaus.de soainfo@asienhaus.de

Homepage: www.asienhaus.de

**Redaktion dieser Ausgabe:** Saskia Busch (v.i.S.d.P.), Maike Grabowski,

**mitgearbeitet haben:** Susanne Arend, Monika Arnez, Melahayati Badruddin, Claudia Beierlein, Ulrike Bey, Philipp Bück, Harriet Ellwein, Anne Fritsche, Klaus Fritsche, Brigitte Geskescholz, Sonja Grigat, Sascha Helbardt, Stefanie Hensengerth, Andrea Herbert, Julia Heyl, Alexander Horstmann, Rolf Jordan, Michaela Koller, Vladimir Kolotov, Kristin Kupfer, Eberhard Knappe, Peter Kreuzer, Claudia Kuhn, Antonius Larenz, Annegret Meiners, Michaela Müller, Michael Nelson, Niklas Reese, Anna Roelle, Britta Röttger, Fritz Seeberger, Sebastian Seiffert, Daniel Suebsman, Babak Tavasoliev, Anke Timmann, Manuela Volkmann, Oliver Wagener, John Walsh, Frank Wickl, Heiner Wember, Gudrun Witte, Tilman Wörtz, Susanne Wunsch, H.-B. Zöllner

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

**Gestaltung der Titelseite:** Ismaya

**Satz:** K. Marquardt, Herne

**Druck:** Druckwerk, Dortmund

**Auflage dieser Ausgabe:** 1200

**Berichtszeitraum 1.12.2004-7.3.2005**

**ISSN-Nr.:** 1434-7067

**Preis:** Einzelausgabe 5 € (zzgl. Porto)

Abonnement (4 Ausg./Jahr inkl. Porto)

BRD: Einzelpersonen 20 €

Inst./Förderabo 40 €

Ausland: Einzelpers. 28 €

Inst./Förderabo 50 €

Luftpostzuschl. 13 €

Die Abonnementgebühren sind im voraus fällig. Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr, wenn es nicht spätestens einen Monat nach Zusendung des letzten Heftes schriftlich gekündigt wird. Für Vereinsmitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten.

#### Konten:

Spk. Bochum (BLZ 43050001) 30302491

**Copyright:** Redaktion und Autor(inn)en; Nachdruck nur nach Absprache mit der Redaktion, Vervielfältigung für Unterrichtszwecke erlaubt und erwünscht.

#### Eigentumsvorbehalt:

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie den Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

**Nächster Redaktionsschluss: 9.5.2005**